

Große Anfrage

Fraktion der SPD

Hannover, den 7. 9. 1982

Betr.: Umweltschutzbericht

Der jüngste Bericht der Landesregierung „Umweltschutz in Niedersachsen“ ist auf vielfältige Kritik gestoßen.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welchen Zweck hat nach ihrer Meinung ein Umweltschutzbericht zu erfüllen?
2. An welchen Adressatenkreis soll sich der Umweltschutzbericht richten?
3. Hält sie eine ressortübergreifende inhaltliche Abstimmung eines Umweltschutzberichtes für notwendig oder will sie sich auch in Zukunft mit nebeneinandergestellten Fachbeiträgen begnügen? Ist sie der Auffassung, daß bei nach wie vor getrennten Zuständigkeiten, die durch die jetzt vorgesehene Umressortierung einiger Aufgaben noch mehr aufgesplittert werden, Umweltpolitik „im Ganzen“ stattfinden kann?
4. Welche Effektivität mißt die Landesregierung dem im Bericht herausgestellten Umweltschutzbeauftragten zu, der keine Kompetenzen hat und sich darauf beschränkt, die Arbeit der einzelnen Ressorts zu loben (z. B. Pressemitteilung der Niedersächsischen Landesregierung vom 17. 2. 1982), anstatt auf die ungelösten Umweltprobleme hinzuweisen und sie aufzugreifen?
5. Weshalb hat die Landesregierung keine Konsequenz aus der von ihr formulierten Tatsache, daß die landwirtschaftliche Nutzung „bei sehr hoher Intensität oder unsachgemäßem Einsatz produktionssteigernder chemischer Betriebsmittel auch zu negativen Auswirkungen auf das natürliche Wirkungsgefüge“ führt, dargelegt?
6. Warum sind im Kapitel über den Boden keine Aussagen darüber gemacht, wie die Belastungen durch Überdüngung, Schwermetalle und Schwefel, denen der Boden ausgesetzt ist, abgebaut werden können?
7. Warum enthält das Kapitel über den Wald weder Aussagen zu dem Waldsterben noch zu den Problemen einer rein ökonomisch betriebenen Forstwirtschaft?
8. Warum hat es die Landesregierung unterlassen, die Konflikte zwischen Ökonomie und Ökologie darzustellen, die sich z. B. am Thema der Sanierung von Emissionsquellen deutlich aufzeigen lassen?

9. Warum ist im Kapitel über die Luftreinhaltung an keiner Stelle deutlich gemacht, welche Auswirkungen die Schadstoffbelastungen auf Boden, Wasser, Vegetation, Tiere und Menschen haben?
10. Warum enthält das Kapitel über die Wasserversorgung keine Aussagen darüber, welche Auswirkungen ein massiver Entzug von Grund- oder Oberflächenwasser auf die betroffene Region und deren Naturhaushalt haben kann?
11. Ist aus dem Verschweigen des Abwasserabgabengesetzes im Kapitel über Reinhaltung der Binnengewässer zu entnehmen, daß die Landesregierung diesem Gesetz keine Bedeutung zumißt?
12. Warum werden im Kapitel „Sonderabfälle“ die Probleme der Sondermüllbeseitigung, wie die Beseitigung durch private, gewinnorientierte Firmen, oder die mangelnde Kontrolle der tatsächlich abgelagerten Stoffe nicht angesprochen?
13. Warum ist aus dem Kapitel über den Landschaftsschutz nicht zu ersehen, in welcher Zeit, mit welchem Fachpersonal und mit welchen Mitteln die unter Schutz zu stellenden Gebiete ausgewiesen werden sollen? Warum stellt der Bericht nicht die Konflikte dar, die durch Festlegungen in Plänen und Programmen aller staatlichen Ebenen (Raumordnung, Fachpläne, Flächennutzungspläne etc.) bereits den jetzt bestehenden Naturschutzgebieten drohen?
14. Hält die Landesregierung die Auswahl der Bilder zum Thema „Städtebau“ hinsichtlich der tatsächlichen Problemlagen für repräsentativ?
15. Weshalb sind die konkreten Umweltprobleme, die sich bei Industrieansiedlungen in der Vergangenheit und Gegenwart ergeben haben, nicht dargestellt?
16. Wo sieht die Landesregierung konkret die „Grenze, wo Umweltschäden drohen, welche die Lebensbedingungen der Menschen verschlechtern“? Ist diese Grenze nach ihrer Auffassung beispielsweise an der Unterelbe bereits erreicht oder überschritten?
17. Hält es die Landesregierung für erforderlich, in zukünftigen Berichten Umweltpolitik in ihrer Gesamtheit darzustellen und sich nicht allein in der Aufzählung verschiedener isolierter Initiativen zu erschöpfen?

Ravens
Fraktionsvorsitzender